

## **PRESSEMITTEILUNG**

**Kreisversammlung der Bergsträßer Grünen vom 22.09.2011**

### **Bei den Grünen:**

#### **Volksentscheid über Stuttgart 21 und Bildungsreformen prägen den Herbst**

Schriesheim. Fadime Tuncer stimmte die zahlreichen Mitglieder bei der ersten grünen Kreisversammlung nach der Sommerpause gleich richtig ein: „Der nächste Wahlkampf wartet schon. Die Volksabstimmung über Stuttgart 21 steht vor der Tür“, sagte die Kreisvorsitzende zu den Versammelten. Hauptthemen des Abends waren die bevorstehende Volksabstimmung über Stuttgart 21 („S21“) und die grün-roten Bildungsreformen in Baden-Württemberg auf. Uli Sckerl, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im Landtag berichtete aktuell über die Landespolitik. Derzeit berate der Landtag über das so genannte „S 21-Kündigungsgesetz“. Mit diesem soll die Landesregierung ermächtigt werden, die finanzielle Beteiligung des Landes an „S21“ aufzukündigen. Ohne den finanziellen Beitrag des Landes Baden-Württemberg aber wäre das äußerst umstrittene Bahnhofprojekt definitiv zu Ende. „Wir rechnen damit, dass der Landtag dieses Gesetz der Landesregierung ablehnt, dann öffnet sich der Weg zur Volksabstimmung. Denn ein Drittel der Landtagsabgeordneten kann diese über ein im Landtag gescheitertes Gesetz beantragen. Das sieht die Landesverfassung vor, jetzt wird es zum ersten Mal in der Geschichte des Landes dazu kommen“, erklärte Sckerl. Der Volksentscheid über den Ausstieg aus „S21“ soll am 27. November stattfinden. Die Grünen wollen, dass der Souverän spricht, um den Streit um „S21“, der das ganze Land gespalten hat, zu klären. „In den nächsten Monaten werden die S21-Befürworter viel Geld ausgeben, um das ungeliebte Kind „S21“ den Bürgern doch noch schmackhaft zu machen. Die Grünen wollen in einem breiten Bündnis hingegen dafür werben, dass es mit „K21“ oder dem Modell Kombibahnhof von Heiner Geißler klar bessere und billigere Alternativen gibt. „S21“ hingegen gefährde wegen der hohen Kosten den ICE-Ausbau zwischen Frankfurt und Mannheim und den Ausbau sämtlicher regionalen Schienenverkehre.

Die Grundzüge der grün-roten Bildungsreform waren das zweite große Thema des Abends. Ab 2012 wird es erstmals Gemeinschaftsschulen geben. Hier werden Schüler aus allen Schularten von der fünften bis zur zehnten Klasse gemeinsam lernen. Johannes Scharr, früherer Schriesheimer Gemeinderat und jetzt bildungspolitischer Berater der Grünen im Landtag, betonte, dass es sich bei diesem neuen Schulkonzept keinesfalls um „Einheitsschulen“, sondern vielmehr um eine individuellere Förderung jedes Schülers handle. Die von der CDU gegen die Gemeinschaftsschule begonnene Angst-Kampagne sei ohne jede Substanz. Schulen und Schulträger könnten die Gemeinschaftsschule beantragen und müssten ein stimmiges pädagogisches Konzept vorlegen, das auch die Schulentwicklung in der Umgebung im Blick habe. Keine Schule werde aber gezwungen, eine Gemeinschaftsschule zu werden. Klassische Schularten seien damit also nicht gefährdet.